

Interpellation Brunner-St.Gallen vom 22. Februar 2000
(Wortlaut siehe hinten)

Unterstützung des Polysportiven Zentrums Ostschweiz (PZO)

Schriftliche Antwort der Regierung vom 26. April 2000

Heinz Brunner-St.Gallen erkundigt sich mit einer Interpellation, die er am 22. Februar 2000 einreichte über die Bereitschaft der Regierung, die Idee eines polysportiven Zentrums Ostschweiz auf dem Areal der ehemaligen Olma-Halle 14 in St.Gallen zu unterstützen. Er wirft die Frage nach Turnraumbedürfnissen kantonaler Schulen auf. Ferner ersucht er die Regierung um Auskunft, ob sie bereit sei, die Federführung für das Projekt zu übernehmen und auf eine interkantonale Trägerschaft hinzuwirken.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Regierung hat bereits am 7. September 1999 in Beantwortung der Interpellation 51.99.11 «Gemeinsam für ein Sportzentrum» festgehalten, dass sie der Errichtung eines polysportiven Zentrums von nationaler Bedeutung in der Ostschweiz grundsätzlich positiv gegenüberstehe. Dabei sei mit Blick auf die Betriebskosten zu berücksichtigen, dass eine optimale Auslastung des Sportzentrums gewährleistet werden muss. Dies wäre der Fall, wenn das Zentrum in der Nähe der Gewerblichen Berufsschule (GBS) im Tal der Demut erstellt werden könnte. In diesem Fall wäre es zweckmässig, die Planung unter der Leitung des Kantons an die Hand zu nehmen. Sollte ein polysportives Zentrum ohne Einbezug der Schulen entstehen, könnte die Federführung nicht beim Kanton liegen.

Eine Projektgruppe unter der Leitung des Sportamtes der Stadt St.Gallen, in der das kantonale Amt für Sport vertreten ist, bemüht sich um die Realisierung eines polysportiven Zentrums auf dem Areal der ehemaligen Olma-Halle 14. Machbarkeitsstudien, die vom Hochbauamt der Stadt St.Gallen in Auftrag gegeben worden sind, haben ergeben, dass auf dem Stadtgebiet aus verschiedenen theoretischen Möglichkeiten der Standort „Olma-Halle 14“ als realistisch beurteilt wird. Auch der Stadtrat St.Gallen hat sich zu diesem Projekt positiv geäußert.

Der Sportunterricht für Studierende der Pädagogischen Hochschule St.Gallen wird im Rahmen einer bevorstehenden Lehrerbildungsreform in die Schulanlage des Arbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnenseminars nach Gossau verlegt. Für den Sportunterricht der Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule am Brühl werden damit in der Volksbadhalle ausreichende Kapazitäten zur Verfügung stehen. Die Kantonsschule am Burggraben kann ihren Bedarf in eigenen Räumlichkeiten decken, nachdem diese renoviert und ergänzt worden sind. Für diese drei kantonalen Schulen bestehen somit keine zusätzlichen Bedürfnisse an Sportanlagen.

Für die Studierenden an der Universität St.Gallen und an der Fachhochschule St.Gallen besteht ein Bedarf an Sportanlagen im Rahmen des freiwilligen Sportangebotes des akademischen Sportverbandes. Diese Bedürfnisse könnten im geplanten polysportiven Zentrum «Olma-Halle 14» gedeckt werden. Die Bedürfnisse dieser Hochschulen bewegen sich allerdings in einem bescheidenen Rahmen. Ein grösserer Bedarf an Sportanlagen besteht für die GBS. Ein polysportives Zentrum mit Standort «Olma-Halle 14» brächte für einen Teil der

Lehrtöchter und Lehrlinge der GBS bessere Verhältnisse für den Schulsport. Für die Berufsschülerinnen und Berufsschüler im Gewerbeschulhaus im Tal der Demut muss aber in jedem Fall Turnraum geschaffen werden. Der Bedarf für diese Berufsschule umfasst die Kapazitäten von rund zwei Hallen.

Der Bund will im Rahmen der Realisierung eines Nationalen Sportanlagenkonzeptes (NASAK) Kredite zur Mitfinanzierung eines polysportiven Zentrums Ostschweiz zur Verfügung stellen. Wenn es gelingt, für das Zentrum in St.Gallen rechtzeitig eine Trägerschaft für Bau und Betrieb der Anlage zu finden, bestehen gute Aussichten auf Bundesbeiträge. Nachdem für die kantonalen Schulen - mit Ausnahme eines Teils der Gewerblichen Berufsschule - keine Bedürfnisse für ein PZO bestehen, kann der Kanton wie in anderen Fällen, so auch in diesem Fall die Trägerschaft eines solchen Zentrums nicht übernehmen. Die Trägerschaft muss unter Federführung der Stadt anderweitig gesucht werden. Das kantonale Amt für Sport steht den Initianten dabei unterstützend und koordinierend zur Verfügung.

26. April 2000

Wortlaut der Interpellation 51.00.10

Interpellation Brunner-St.Gallen: «Unterstützung des Polysportiven Zentrums Ostschweiz (PZO)

Der Bund beteiligt sich im Rahmen des Nationalen Sportanlagenkonzeptes (NASAK) mit 60 Millionen Franken an Sportanlagenbauten von nationaler Bedeutung (Bundesbeschluss vom 17. Dezember 1998). Für die Ostschweiz sind 4 Millionen für ein polysportives Zentrum vorgesehen. Um in den Genuss dieser Fördermittel zu kommen, ist bis Ende 2001 ein ausführungsfähiges Projekt mit einem umfassenden Raumprogramm vorzulegen.

Neben St.Gallen bemüht sich auch Winterthur um das Zentrum, wobei sich die Regierungsvertreter der Ostschweizer Kantone an einer Informationssitzung des Bundesamtes für Sport für ein PZO im Raum St.Gallen ausgesprochen und sich an der Abgeordnetenversammlung der Interessengemeinschaft St.Galler Sportverbände vom 17. November 1999 alle 37 kantonalen Sportverbände hinter ein PZO im Kanton St.Gallen gestellt haben.

Nachdem der Stadtrat von St.Gallen ausdrücklich positiv zu einem solchen Zentrum auf dem bisherigen Areal der Olma-Halle 14 steht und eine finanzielle Beteiligung entsprechend der städtischen Möglichkeiten in Aussicht gestellt hat, die Stadt Wil andererseits kein Interesse mehr an diesem Projekt bekundet, stellt sich die Frage nach der Haltung der Kantonsregierung.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich die Regierung grundsätzlich zu einem Polysportiven Zentrum Ostschweiz?
2. Wie beurteilt die Regierung den Standort Olma-Halle 14 in der Stadt St.Gallen aus der Sicht der Turnraumbedürfnisse verschiedenster kantonalen Schulen (Universität St.Gallen, Kantonsschulen am Brühl und Burggraben, Pädagogische Hochschule, Fachhochschulen)?
3. Ist die Regierung bereit, die Federführung dieses Projektes in die Hand zu nehmen und in Form einer interkantonalen Trägerschaft zu realisieren?»

22. Februar 2000